

<b>Vorlage Nr. XI 11/2025</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

## **Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS)**

### **A Problem**

In vorangegangenen Vorlagen (zuletzt XI 09/2025) wurde über verschiedene Sachverhalte berichtet, die im Zusammenhang mit der Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS) bearbeitet werden und die Informationscharakter aufweisen. Es wurde zugesagt, fortlaufend über diese Themen zu berichten.

### **B Lösung**

#### **Sachstand „Entwicklung Einsatzzahlen und Umsetzung Gutachten“**

Die aus dem Gutachten resultierenden und im Stellenplan hinterlegten Personalbedarfe für die Integrierte Regionalleitstelle konnten bisher nicht gedeckt werden. Aktuell werden wieder Einstellungsverfahren durchgeführt. Nicht besetzte Stellen werden weiterhin durch Vertretungen aus dem Brandschutzdienst und durch angeordnete Mehrarbeit vom vorhandenen Leitstellenpersonal kompensiert.

#### **Sachstand „Projekt Telenotfallmedizin/Telenotarzt“**

Zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorlage liegt noch keine Entscheidung vor, ob die IRLS als Telenotarzt-Standort (TNA-Standort) ausgewählt wurde (vgl. Vorlage XI 09/2025).

#### **Sachstand „Projekt A-KTW“**

Zur Dämpfung der steigenden Einsatzzahlen in der Notfallrettung wurde 2023 als zusätzliches Einsatzmittel der Akut-Krankentransportwagen (A-KTW), betrieben durch die privaten Krankentransporteure und disponiert durch die IRLS, in den Dienst genommen. Formal geschah dies auf Grundlage der im Bremischen Hilfestgesetz formulierten Experimentierklausel in Abstimmung mit den Kostenträgern. Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit dieses Bremerhavener Erfolgsmodells ist die Erstellung einer Rechtsverordnung durch den Senator für Inneres (SIS) erforderlich. Auf die Einbindung Bremerhavens im Rahmen des Abstimmungsprozesses wird gewartet.

#### **Sachstand „Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfragetechnik – neues Kommunikations-Management-System (KMS)“**

Die Projektumsetzung erfolgt bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage -betreffend Technik und Mobiliar- weiterhin planmäßig.

#### **Sachstand „Standardisierte Notrufabfrage (SNA)“**

Zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorlage prüft der Fachplaner die durch die Feuerwehr zur Verfügung gestellten Unterlagen (u. a. Anforderungskatalog an das zukünftige System etc.), um darauf basierend das Leistungsverzeichnis (LV) für die Vergabe zu erstellen.

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden kann.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Mit der Beauftragung der Organisationsuntersuchung und des daraus folgenden Personalbemessungsgutachtens ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren anteilig vom Haushalt der Feuerwehr getragen werden. Personalwirtschaftliche und weitere finanzielle Auswirkungen (z. B. technische Maßnahmen etc.) können die Ergebnisse der Untersuchung und des Gutachtens und die daraus umzusetzenden Maßnahmen verursachen. Konkrete Kosten können derzeit noch nicht quantifiziert werden.

Mit der Beschaffung des neuen Kommunikations-Management-Systems (KMS) ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren anteilig vom Haushalt der Feuerwehr getragen werden. Die Gesamtkosten der Beauftragung des Angebotes der Fa. Frequentis zur Erneuerung des KMS betragen rund 1.640.000 € (inkl. 19 % MwSt.). Die Kosten der Beauftragung der Schnittstelle zum Einsatzleitreechner (iSE) betragen rund 160.000 € (inkl. 19 % MwSt.). Die Kosten der Beauftragung des Angebotes der Fa. Objekt und Design betragen rund 327.000 € (inkl. 19 % MwSt.).

Mit der Umsetzung der Einführung eines A-KTW haben sich keine finanziellen Auswirkungen für den städtischen Haushalt ergeben, da die entstandenen Kosten zur Erweiterung der technischen Ausstattung über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren von den Kostenträgern getragen werden.

Mit dem Wechsel von einer derzeit in der IRLS genutzten „Strukturierten Notrufabfrage“ zu einer „Standardisierten Notrufabfrage“ ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die derzeit jedoch nur schätzungsweise auf ca. 2 Mio. € beziffert werden können, da konkrete Angebote noch nicht vorliegen. Die Kosten müssen über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren von den Kostenträgern sowie anteilig von den drei Gebietskörperschaften getragen werden.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Eine Genderrelevanz besteht nicht. Besonders Belange von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

### **E Beteiligung/Abstimmung**

Keine.

### **F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Skusa  
Stadtrat